

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die rote Sichel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrenn, Welkhein, Wastegersdorf.

**Anzeigenpreis:** Die 10gepaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldspennige. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungsanzeigen 5 Goldspennige. — Affikamerpreis: Die Millimeterzeile 3spalten ober deren Raum im Text 50 Goldspennige

Dienstag, 20. Januar 1925.

**Bezugspreis:** Un wöchentlich 6 maligen Erscheinen monatlich 3,00 Gr. wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Straenhandl. u. Buchh. 10 Pf. Reparat. und Expedition: Breslau, Teichwasserstrae 20. — Verlagsort: Breslau Nr. 144. — Fernsprecher: Breslau, Amt 5887.

## Das Programm der Monarchistenregierung

### Unterwerfung unter das internationale Finanzkapital. — Das Zuchthausregime wird fortgesetzt. — Abbau der Verfassung. — Die sozialdemokratische „Opposition“ schweigt. — Löbe als Unteroffizier Luthers.

Auf den Raubvogelgestirnen mancher Vertreter der Diplomatenloge sah man am Montag bei der Abgabe der Regierungserklärung ein bestreiftes Lächeln. Die Vertreter Morgans sind mit ihrem neuen Kanzler zufrieden.

Nutzenpolitisch enthält das Programm Luthers, die bedingungslose Unterwerfung vor den Mächten des Weltkapitals. Seit 1918 sind zum ersten Male wieder Deutschnationalen Monarchisten in der Regierung. Trotzdem ist dem Sprecher der Regierung das Kernstück der deutschnationalen Agitation, die sogenannte Schuldfrage im Halle-Steden geblieben, er wagte nur ein paar schüchterne Sätze, in denen er davon stammelte, da Deutschland nicht allein am Weltkrieg schuldig sei.

Innenpolitisch bedeutet das Programm Luthers, der von den Kommunisten stürmisch als Zuchthauskanzler begruft wurde, die Erhaltung des „inneren Friedens“ durch neue Zuchthausgelebe.

#### Drohnend kuhndete Luther neue Zuchthausstrafen für Hochverrat

an, natürlich nur für Kommunisten nicht für die Monarchisten, die es trotz der Teilnahme an der Regierung ablehnen, den Eid auf die Verfassung zu leisten.

Am Nachlichsten benahm sich während der Regierungserklärung die Sozialdemokratische Fraktion.

Während die sozialdemokratischen Betrüger wochenlang in Volksversammlungen und ihrer Presse — siehe „Volksmacht“, „Bergwacht“, „Volksblatt“ — den „Kampf gegen die Reaktion“ angekündigt hatten, ging ihnen während der Regierungserklärung der Arsch in Grundweis. Schweigsam wie gerufelte Schulhuber horsten sie die prozogenen Erklärungen Luthers an. Sie wagten nicht den leichesten Widerspruch.

Offenbar sind die sozialdemokratischen Volksverrater berebt, durch sitzames Betragen das Reizeugenis für die Tageskoalition zu erbringen.

Charakteristisch war das Verhalten des Abgottes der schlesischen Sozialdemokratie, des Reichstagspräsidenten Paul Löbe. Als die Kommunisten dem neuen Kanzler ihre Forderung der Amnestie entgegenbrachten und seine Ausführungen durch Zwischenrufe unterbrechen, wandte sich Luther hilfsfordernd an Löbe und schramte diesen im Tone eines preussischen Offiziers an.

Löbe, als getreuer Muschel der Lutherregierung, erfüllte prompt den Befehl und drohte den Kommunisten mit neuen Gefahrsverordnungen. Er sah nach der Ruffelung durch Luther wie ein beglückter Budele da und blickte wie ein Luchs nach den Bockeln der Kommunisten. Die Geleise der Eintracht waren erloschen.

Die Regierungserklärung des Dr. Luther hätte auch ein Sozialdemokrat vortragen können. Es heit dort ungenau: „Was bleibt beim alten. Es wird weiter erfüllt, die Rechte der

Dawesgeier sind bindendes Recht und darum müssen wir „sachlich“ arbeiten. Die Herren Luther & Co. unterscheiden sich von ihren Vorgängern nur durch den schwarz-wei-roten Anstrich. Um jedoch dem Drang der heien teutschen Wähler entgegen zu kommen, sah sich Luther in seiner Regierungserklärung genötigt darauf hinzuweisen, da zwar die Verfassung eine rechtliche Grundlage habe, aber da man dieselbe im Sinne einer innerlichen Begründung zu „prüfen“ habe. Richtig Manne halb und halb. Die Sozialdemokraten werden mit einer solchen Regierungserklärung durchaus zufrieden sein, denn schlielich waren sie ja auch die Steigbügelhalter für diese Regierung. Luther kann es selbstverständlich nicht lassen auch sein „soziales“ Herz zu zeigen und spricht davon, da man in Zukunft den „aufreizenden“ und „kulturlosen“ Luzus nicht zu zeigen dürfte, wahrscheinlich damit die vielen Karmaltstandale in Deutschland nicht an die Oeffentlichkeit kommen. Luthers Regierungserklärung ist ein typisch faschistisches Programm, das einzig und allein diktiert ist von den in- und ausländischen Schwerindustrieellen und Furienjobbern.

#### „Fort mit der Monarchistenregierung“

riefen die kommunistischen Abgeordneten, weil sie wuten, da dieser Wunsch der Wunsch aller arbeitenden Schichten ist. Die Kommunisten begnügen sich nicht mit Abwarten wie die Herren Sozialdemokraten, sondern sie wissen jetzt schon was diese Monarchistenregierung für das arbeitende Volk bedeutet. Die Kommunistische Partei hat die arbeitenden Massen gegen diese Regierung aufgerufen, und die

#### Reisendemonstrationen

in Berlin, an denen weit über 100 000 Arbeiter, Beamte und Angestellte teilgenommen haben, beweisen, da nur die Kommunistische Partei dem Willen der Unterdrückten Ausdruck gibt. Seit dem Jahre 1919 bis jetzt ist es mit der Arbeiterklasse bergab gegangen, weil weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung den Sozialdemokraten glauben, da uns nur der Parlamentarismus und die Marschall rufen können. Jetzt müssen sie für diesen Betrug haen. Nachdem Monarchisten für Monarchisten dem Arbeiter seine Rechte genommen worden sind, geniert sich Herr Luther jetzt auch nicht an der Verfassung zu rütteln, denn derjenige ist ja Herr im Haus, der die Macht hat. Wie lange wollen die sozialdemokratischen Arbeiter noch passiv diesen Dingen zusehen? Die Kommunistische Partei führt den schärfen Kampf parlamentarisch sowie auerparlamentarisch gegen die Regierung Luther. Sie verbandet mit diesem Kampf den Kampf für Amnestie, für den Achtstundentag, für ein Rateparlament. Die letzten Tage haben bewiesen, da sich wider diese Massen lassenbewusster Arbeiter der Kommunistischen Partei zuwenden. Die Kommunistische Partei wird mit ihren Anhängern kämpfen bis zum Siege der Arbeiterklasse.

## Kapitalistengelder für Waffenkaufe der SPD.

### Ansehenerregende Enthüllungen Lobes.

Die wir erfahren, hat Löbe als Zeuge im Untersuchungsausschu des Thüringer Landtags ausgeklagt, da er von Frankfurter und Berliner Bankhandlern, zum Beispiel von Wohlgenant & Co., Frankfurt, D. Simon & Co., Berlin, und dem Bankier Filsch in Hamburg groere Summen für Zwecke der Sozialdemokratischen Partei erhalten und sie den Sozialdemokraten zuhringens übermittelt habe.

Löbe sagte ferner aus, da dieselben Bankhausler und Grokapitalisten dem thüringer sozialdemokratischen Minister Löbe zum Ankauf von Waffen im Oktober 1923 zur Verfügung gestellt haben — also zu einer Zeit, wo das Proletariat Deutschlands infolge seiner grauenvollen Beerdigung in gewalttätiger revolutionärer Bewegung war und die proletarische Revolution der Kapitalistenklasse drohte.

Diese an sich nicht neuen Tatsachen können ergänzt werden. Bereits vor längerer Zeit hat die kommunistische Partei Württemberg der sozialdemokratischen Partei Württemberg nachgewiesen, da der Württemberger SPD zur selben Zeit (Herbst 1923) von dem bekannten Stuttgarter Groindustriellen Bolch Gelder zu Waffenkaufen zur Verfügung gestellt worden sind und auch so gerwacht wurden. Die SPD konnte diese Tatsachen nicht bestreiten und versteckte sich hinter einem wähnen Geschrei über kommunistische Denunziation.

Es ist anzunehmen, da die Sozialdemokraten jetzt genau dasselbe nur werden. Darum heit es die Frage aufzuerst: Warum sollen die Kapitalisten im Herbst 1923, als die Arbeiter in Württemberg kämpften, in Bayern die Faschisten die Macht an sich gerissen und den „Marx“ nach Berlin verdrückten, den Sozialdemokraten Gelder zur Verfügung? Etwa zum Schutze der Republik?

Tatsachen beweisen! Und diese Tatsachen liegen in den Oktoberkampfen in Hamburg vor. Dort bestand damals schon ein Vorläufer des heutigen Reichsbanners, die „Republikrepublik“, die unter sozialdemokratischer Führung stand. Als die Hamburger Arbeiter in den Oktobertagen an in der Geschichte beispiellosen heldenhaften Kampf auf den Barrikaden traten, stellte diese

#### sozialdemokratische „Republik“ sich der Polizei und Reichswehr zur Niederlage der Arbeiter zur Verfügung.

Die es Angelegenheit wurde angenommen. Die sozialdemokratischen Botsen und Boykottwahler bildeten als Hilfsbolizei zusammen mit den ebenfalls als Hilfsbolizei eingestellten Monarchisten die Bewachung der nicht im Auftrag stehender Stadtmiliz und des Gensers durchführen, in den Polizei- und Reichswehrtruppen ermöglichten, alle Kraft auf die Niederlage der Barrikadenkampfer zu konzentrieren. Teilweise traten diese Sozialdemokraten selbst mit der Waffe in der Hand gegen ihre eigenen parteigenosslichen Arbeiter, die auf der Seite der revolutionären Arbeiter kämpften. Zum Dank dafür organisierten die Hamburger Polizei auf der Wache eine Sammlung von Dollars, Wein Schnaps und Kasern für die „tapferen“ Arbeitermorder. Es ist selbstverständlich, da auch die sozialdemokratischen Arbeitermorder die in Induskoche schmutzend einstrichen. Zum Arbeitermord stellten die Kapitalisten der SPD, alle ihre Ausbeutergewinne zur Verfügung. Die SPD nahm die Gelder, führte den Auftrag des Mordens mit im Dezember 1918 und Januar 1919 genau aus und hier ist der Schlüssel zur Lösung der Frage, warum heute ein Monarchisten-Kabinett Deutschland regiert.

## Neue Blüten der Klassenjustiz.

Nach dem Potsdamer Landgericht müsste sich der Arbeiter Schenckel wegen „Diebstahl“ verantworten. Er hatte zwei Kaschenscheinlinge die provozierend zur Schau getragenen Haftkreuze abgenommen. Die Justiz wollte diesen Fall mit drei Monaten Gefängnis abtun. Das Gericht erkannte auf drei Wochen Gefängnis, die in eine Geldstrafe von 105 Mk. umgewandelt wurde!

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte die Genossen Brauer, Zeemann und Rufe, Mitglieder der Kampfgruppe Havelberg der KPD, wegen eines hochverräterischen Unternehmens in vier bzw. drei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten hatten nach der Verhaftung der Partei von Pothendorf Parteigenossen ein politisches Rundschreiben erhalten. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft behauptete, da allein die Tatsache, da die drei Angeklagten Funktionen als Pol. und Orgleiter übernehmen hätten, bereits eine vorbereitende Handlung zum Hochverrat gewesen sei. Der Kommunistenrat feunt keine Grenzlinie!

## Genosse Richard Schulz wieder frei!

Wie uns leider erst heute mitgeteilt wurde, ist Genosse Landtagsabgeordneter Richard Schulz am 16. d. Mts. aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Unser Genosse wurde im Kerker trotz seiner Eigenhaft als Abgeordneter in der barbarischsten Weise behandelt. So achtet die „Demokratie“ die Rechte eines vom arbeitenden Volke gewählten Abgeordneten. Trotz der erlangten Immunität wäre Genosse Schulz nicht auf freien Fuß gesetzt worden, wenn sich der Rechtsauschuss nicht von der unerhörten Reichfertigkeit und Genossenlosigkeit der „Anklage“ überzeugt hätte. Es handelte sich bei dem angeblichen „Beweismaterial“ um besetzte Epigelarbeit.

Vogel, Kaske und Konforten, die in den Fällen Gildermann, Bläser, Nadlewski, Gurika Schwere Plagen erlebten, haben sich erneut als die zwar willigen aber unfähigen Gehilfen des Staatsanwalts erwiesen. Sie sind bis auf die Knochen blamset. Auch die SPD-Genossinnen haben sich vergeblich bemuht.

Die begruen den vorderen Waldenburger Kämpfer bezichtig in der Freiheit und hoffen, da er bald Gekgenheit findet wird, die schlesische Justiz- und Polizeihande im Landtag zu brandmarken.

## Luther braucht eine Tscheta-Gebirge. Mit Spionerabzugeln und leibhaftigen russ. Generalen.

Raum ist die monarchistische Luther-Regierung zustande gekommen und schon stehen aus dunklen Quellen Schauer- nachrichten, die der monarchistischen Justiz im Kampf gegen die Kommunisten dadurch Hilfe leisten sollen, da die Presse mit lügenhaften „Enthüllungen“ wieder gebleit wird. Monatelang hat man der Oeffentlichkeit nur einen „Tscheta“-Prozess angekündigt. Am 11. Februar soll er nun beginnen. Damit

aber die Enttäuschung des deutschen „Staatsburgers“ nicht gar so gro werde, treten doch als „Tscheliten“ die bekannten entlarzten Vodpichel Diener und König auf, will man schon jetzt beginnen, die oeffentliche Meinung zu erligen.

Die bekannte rührige K. K. Korrespondenz hat sich in den Dienst dieser Sache gestellt, sie verbreitet seitentlanges Material, angeblich vom Untersuchungsrichter stammend, über die deutsche Tscheta. In ihrer anerkanntswerten Ruhigkeit macht aber beflagte Korrespondenz den Fehler, gar zu viel aufzutragen, so da man den Schwindel mit Händen greifen kann. Wir wollen unseren Lesern diese dicken Dinge, soweit sie Neuheiten sind, nicht vorenthalten. In der „deutschen Tscheta“ sollen nicht weniger als zwei russische Generale, darunter der „Sitzge von Kronstadt“ sein. Wie schon ofers angeklagt wurde, sollte von der „Tscheta“ General v. Seede ermordet werden, auer dem Hugo Stannos (daher sein plostlicher Tod! Jetzt wei man es) und Borisja. Grund genug, da die K. K. Korrespondenz einleitet: „Der mit Spannung erwartete Prozess“.

Die Arbeiterklasse weit, was von diesen Enthüllungen im Romanstil zu halten ist. Die Arbeiter gehen auf die Strae. Die Luther-Regierung will aber die proletarischen politischen Forderungen nicht irrtreiben. „Tscheta“-Enthüllungen sollen den Klassenkampf brechen.

Arbeiter, schätzt die burglichen Eigen nicht! Durchkreuzt den Fluss der Burgstube!

— Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanische Arbeiterleitung bei den Kruppwerken in Spanien eine ganze Serie von schweren Tanks bestellt, die je 20 Mann und 8 Maschinen- gewehre führen.





**Städlerversammlung.**

Der Mieterbund Pleban hat am Donnerstag, den 14. Januar, eine Versammlung einberufen, in der ein gewisser Anton...

**Recht.** Öffentliche Versammlung. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltete am 15. d. Mts. eine öffentliche Versammlung im Reichsaal.

**Stadtverordnetenversammlung.** Die Tribüne gleich einer Sitzgalerie. Eröffnung der Sitzung 5.30 Uhr.

**Breslau**

**Ein sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter als Penunziant.**

Am letzten Tage, als die Klassenbewegung Breslauer Arbeiter ihren einflussreichsten Willen bewies...

darin bestand, irgendwo in einem Massengrab den inneren Frieden für immer zu finden.

**Heil Rosa Luxemburg**

Heil Rosa Luxemburg  
Mar Höp der große Heil  
sind unter Stolz.

Zuchthaus und Todespein  
kann nicht 'herschlich sein  
für uns genug.

Merke Dir, Du Prolet,  
wer Dir zum Vorbild steht  
in un'rem Kampf.

Gertrud Ströhl.

Masseninteressen des Proletariats zu opfern. In der Tat: zwei Werten, hier das klassenbewusste Proletariat...

Eine unterer Genossen machen ihrer Empörung über diesen Einheitsakt offen Mut. Als die Jugendgenossen...

**Zum Todesfall in der „Graupe“**

Schreibt uns ein Genosse, der längere Zeit im hiesigen Untersuchungsgefängnis inhaftiert war, folgendes:

„Der Fall Günther erinnert mich wieder an die so „gemüthliche“ Art mit der dieser Arzt sein Amt ausübt.“

„Ja“. Damit ist die „Untersuchung“ erledigt, der Herr Medizinalrat kann in einer halben Stunde 80 Gefangene untersuchen.

Ist das nicht ein öffentlicher Skandal? Wieviel Geschlechtskrankheiten, etc. mögen schon durch diese verantwortungslose Art des Herrn Fischer eingeschleppt worden sein.

Der Arzt schenkt die Reihen entlangt und fragt „Gesund?“ Das ist die Untersuchung.

Zunächst, das ist die Untersuchung! Für die der Herr Medizinalrat sicherlich ein sehr anständiges Gehalt bezieht.

**„Unsere Gattin“**

Die „Volkswacht“ berichtet in ihrer Mittwochnummer von einem interessanten Prozeß, der sich am 8. Januar vor dem hiesigen Amtsgericht abgepielt hat.

Es ist selbstverständlich als Kommunisten nicht unsere Sache, die jüdische Religion zu verteidigen, ebenso über die Beschimpfung unseres Genossen Trocki durch den jüdischen Strohmann ein Wort zu verlieren.

Die „Volkswacht“ sieht „nur“ in diesem Falle die Klassenjustiz, bei den tausend anderen Fällen, in denen eheliche Professorensöhne lediglich auf Grund ihrer politischen Überzeugung zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt werden, hat die „Volkswacht“ kein Wort übrig.

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glöckner, Breslau, Inhabere...

**Theater**  
Spielplan 20. 1. 1925  
Stadttheater  
Hohetheater  
Theatertheater

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
Zel. Ring 2543.  
E. Splich 8. Uhr.

**Berichtungs-Kalender**  
Gewerkschaften  
Sportnachrichten

**Soeben erschienen:**  
**Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen**  
Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane  
Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924  
Emil Eichhorn  
M. d. R.

**Bis 25 ten**  
Januar muß das  
Postabonnement auf die  
**„Schlesische Arbeiter-Zeitung“**

**Circus Busch**  
Wasser-Manege-Schauspiel  
Der Graf von Monte-Christo

**Lieblich Theater**  
Januar 1925  
Täglich 6 Uhr  
Opa Kader  
and das große  
Januar-Programm

**Bundesvorstandsmitglied**  
**Rektor Michel**  
aus Fern-Beispielen spricht am Mittwoch, 21. Januar, abds. 8 Uhr i. d. Halle Grönastr. 14/16 in einer öffentl. Versammlung  
Gebt uns unser Recht  
Freie Elternvereinig.

**Leset und verbreitet die**  
**Schlesische Arbeiter-Zeitung**  
Bettbezüge  
Lethaus  
Arbeiterstraße 21

**Bestellzettel.**  
Bestellzettel  
Exemplare der Zeitung  
**„Schlesische Arbeiter-Zeitung“**  
zum Preise von monatlich 2.25 Mk. zur Lieferung ins Haus  
Name  
Stand  
Wohnung

**Genosse! Du sabotierst die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“**  
wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ hinweist und in den Geschäften, die nicht in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inserieren wollen, noch weiterhin kauft!  
**müssen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

# Wenn ich Justizminister wäre...

## Weitere Antworten auf unsere Rundfrage.

### Lebenslänglich in die Grube — Befreiung durch Proletariat.

Die Barmats, die als Schieber und unredliche Kaufleute bekannt waren, hätten ihr unlauberes Handwerk nie so fortführen können, wenn man ihnen nicht die Mittel und Wege gezeigt hätte. Als unredliche Kaufleute machten sie sich alles zunutze, ergingen sich in gewagten Spekulationen, ihre Schiedungen brachten der Allgemeinheit nur Schaden, ihnen aber ungeheure Nutzen, ein proletarisches Gericht müsste sie auf lebenslänglich in die Kohlengrube schicken, um ihnen den Wert produktiver Arbeit vorzumondrieren. Noch schlechter als der Stehler ist der Hehler. Trotzdem die Firma Barmat unredlich arbeitete, erhielt sie von sozialdemokratischen Regierungsgrößen vertrauensvolle Dokumente, man deckte ihr Treiben, um dann mit Pant von ihnen die Geschenke einzuhelmen. Diesen SPD.-Größen gehörte der Strang, denn sie misbrauchten das Vertrauen des Volkes und sicherten sich über den Weg „Barmat“, selbst große finanzielle Einnahmen (Bestechung).

Was Max Hölg anbetrifft, so mühten selbst ausländische Behörden (Schweiz, Belgien) seinerzeit die politischen Motive zu seinen Taten anerkennen. Seine Taten waren frei von egoistischen Erisben und er mühte frei und geodt sein, denn er wollte das Beste für uns Arbeiter.

Die deutsche Bourgeoisie (SPD., Barmat usw.) wird natürlich nicht daran denken, ihre Glieder und Stützen (SPD., Barmat) zu beurteilen, um einen ihrer grimmigsten Gegner (M. Hölg) zu befreien, dies wäde einem proletarischen Staate vorbehalten bleiben, der von proletarischem Diktatur regiert wird. Ma.

\*

### Die Schieber ausräumen.

Es ist klar, daß man auf diese Frage antworten muß. Nicht etwa, weil es um einen Namen Max Hölg, sondern weil es um das Schicksal der gesamten Arbeiterklasse geht. Selbstverständlich führten Personen wie Max Hölg Vorkämpfe gegen die kapitalistische Festung aus. Mag auch dieser Vorstoß unseres Führers Hölg zurückgeschlagen sein, die große Kampfruppe der Reserve steht noch zum Kampf bereit. Die Geschichte ist unfer Lehrer. Alle die vielen Kämpfer, welche verurteilt hatten, die Ketten der Verbrechen zu sprengen, endeten auf dem Kreuz, auf dem Scheiterhaufen, auf dem Schafott, an der Wand, im Gefängnis oder im Zuchthaus. Und doch sehen wir aus der Geschichte, daß nach jedem abgemaßen Schädel die Massen aufwachten und sich erst mit der vertretenen Idee der Gemordeten beschäftigten. Beweis: Liebknecht und Luxemburg, deren Geist und Ziel so wenig kammten und heute in Millionen Köpfen steht. Hölg hat diesen Geist Liebknechts mit schon bedeutend mehr Kampfruppen durchgeführt und hätte er gelockt, dann stände die Frage eines Justizministers heute nicht in der „Arbeiterzeitung“. Überall Korruptionsfandale, Bestechung, Schieberwirtschaft, Unterschlagungen, Justizschand, Menschenfressereien, Verbrechen, Selbstmorde, Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend, nichts als Schand und Schande unter diesem erbärmlichen System. Jeder Bauer rotet das Anfrant von seinem Aedern. Die Erde gehört allen Menschen. Koten wir dieses menschliche Anfrant aus, dann werden tauisende Probleme der Menschheit mit einem Male gelöst sein. Das heutige kapitalistische System kann keine Krankheit nicht selber heilen, weil ein Kranter es niemals fertig bringt, an sich selber eine Operation vorzunehmen. Diese Operation am Kapitalismus kann nur das arbeitende Volk selbst vornehmen. So wie es Karl Marx, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und ein Max Hölg gelehrt haben. Schicken Sie bitte diese Zeilen an den Justizminister.

\*

### Schwerer Zuchthausstrafen — Amnestie.

Nach dem richterlichen Standpunkt müssten die Generalseidmarischallstieber Barmat zu Freiheitsstrafen verurteilt werden. Ich habe eine andere Auffassung, da man nicht nur die Tat selbst, sondern deren Folgen sich vor Augen halten muß. Die Barmats haben das deutsche Volk (!!) um Millionen betrogen, sie sind es, die damals den rapiden Marktzuz herbeiführten, sie und ihre Kumpane haben sich bereichert und haben geschwelgt in einer Zeit, in der es der breiten Masse des Volkes bitter ernst ging. Viele im Elend Angekommene, verhungerte Greise und Kinder, viele, die aus Not Selbstmord begangen, haben diese „Herren“ auf dem Gewissen. Dadurch sind sie zu indirekten Mördern geworden und haben die Strafe, die jeden Massenmörder trifft, zu gewärtigen. Mit Leuten die Gefängnisse zu teilen, die aus Not (durch Barmat herbeigeführt) Diebstahl begingen, halte ich sie nicht einmal für würdig. Die ergaunerten Werte und Kapitalien sind zu beschlagnahmen und sozialer Fürsorge (Erwerbslosen, Kriegsinvaliden, Witve Hilfe usw.) zuzuführen. Die in die Affäre Verwickelten sind, da sie meistens hohe Aemter besaßen, sofort ihres Amtes zu entheben und zu schweren Zuchthausstrafen zu verurteilen. Gewünscht wird vorerst die Behandlung, wie sie die kommunistischen Gefangenen genießen.

Um Gegentag dazu sind Max Hölg und sämtliche politischen Gefangenen sofort aus der Haft zu entlassen zwecks Vorbereitung einer Zeit, in der ein Fall wie Barmat nie vorkommen wird.

\*

### Tod — Ehrenplatz.

Ich würde die Barmats zu lebenslänglichen... verurteilen oder auch am besten zum Tode.

### Begründung:

Sie haben sich in der Zeit der ungeheuren Not schamlos bereichert; eine Schieber- und Wucherbande schlimmster Sorte. Sie sind deshalb schuldig für die breiten Schichten des Volkes, für solche ist die schwerste Strafe angebracht.

Max Hölg war vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus überhaupt nicht schuldig zu sprechen. Er gehört auf einen Ehrenplatz. — Hoffentlich ist der Tag nicht mehr weit, wo er wieder an unserer Spitze steht.

### Begründung:

In der Zeit der Auseinandersetzung zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern hat Hölg in ehrlicher, unselfischer Weise die Sache seiner Klasse vertreten. Hölg handelte als Idealist, die Barmats sind schamlose Spolien.

\*

### Den Garaus machen — sofortige Freiheit.

Betreffs Urteilspruch: Wenn ich Justizminister wäde, Fall Barmat—Max Hölg wäre, so sehe ich voraus, daß ich theoretisch und praktisch dem deutschen Gerichtswesen wenig sagen kann, da ich leibschmerzeweise noch gänzlich unbefreit geblieben bin. Auch beim Militär und im Felde hatte keine Beförderung, mich zu bestrafen trotzdem ging ich mit dem Schwur ins Feld, auf keinen Menschen zu schießen, der mich nicht angreift, was ich auch gehalten habe und werde. In verschiedenen deutschen Großstädten hatte ich als Arbeiter Gelegenheit bei Gericht als

hoch im Arme haltend dastand, ist in Wirklichkeit nur Schein. Ich hatte das Empfinden: Sobald ein Arbeiter vor Gericht seine Personallisten angegeben hat, ist er schon erledigt. Es gibt Herrscher, Ausbeuter in unserem Leben und Ausgebeutete, Unterdrückte. Der Richterstand, aus dem Herrscherstande hervorgegangen, richtet nach Paragraphen des bürgerlichen Gesetzbuches, was von tausenden Paragraphen strotzt. Im Namen des Volkes heißt es auf jeder Anklagechrift: Neben mir überbraut noch in einem Rechtsstaat? Die Sozialdemokraten behaupten sogar wir leben in einer freien Republik. Unsere Paragraphenmenschen in den Anstalten urteilen aber weiter nach den laienlichen Gesetzen von Gottes Gnade. Wäre ich Justizminister, so kämen die Barmats 10 Jahre ins Arbeitshaus, damit sie ehrliche Arbeit lernen könnten. Man urteile nur als Mensch und nicht als Tyrann. Ähnlich ginge es allen Schiebern und Wuchern. Im Falle Max Hölg wäre dieser sofort in Freiheit zu setzen und hätte legerer die Befugnis, eine der höchsten Posten in Verwaltung und Staat zu bekleiden, denn seine Taten entsprangen edlen Motiven, alles räuberartige las ihn fern. Nur weil er sich der Unterdrückten annahm und an sein eigenes Ich nicht dachte, mußte ihm von Rechts wegen eben der Verurteilung gemaht werden.

Ebenfalls würde ich kein Interesse haben, die 2000 Gefangenen zu halten. Sie würden ihre Freiheit erhalten und soweit welche nicht mehr arbeiten können, aus Staatsmitteln Rente beziehen. Den staatlichen Pensionsbeziehern die jubel bekommen, werden einfach getötet. Mein Standpunkt ist der: Jedes Kind der Mensch, hilfsreich und gut. Das ist meine Religion, eine andere kenne ich nicht, und dabei bleibe ich. Die heutige Gesellschaftsordnung ist mensch und faul und kann keine besseren Zustände mehr schaffen, man glaubt sich in einem Goldhaus verkehrt. Wollen wir bessere Menschen erziehen, so müssen wir auch menschlich handeln.

R. Sch., parteilos, Gehhardtsdorf, R. Sauban.

## Die Zerlegung der SPD.

### Neue Enthüllungen und neue Ausschüsse.

Die Krise in der sächsischen SPD. frist weiter. Die rechten und linken Führer der Barmat-Partei sind vom Morgen bis zum Abend bemüht, sich gegenseitig vor aller Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß sie ausgekotete Schulte und Veräter sind. Zur Abwechslung gibt es jetzt wieder einmal Enthüllungen über die moralischen Qualitäten Zeigners. Durch einen Bressenprozeß vor dem Dresdener Landgericht ist bekannt geworden, daß Zeigner einem bürgerlichen Schmod interne Mitteilungen über Vorgänge innerhalb der SPD. gemacht hat. Der bürgerliche Journalist Vertrauensmann Zeigners war während dessen Ministerpräsidentschaft Dr. Baubmann, der Herausgeber dessen üblen Skandalkorrespondenz. Unter dem Pseudonym Dr. Köster habe Zeigner dem bürgerlichen Journalisten regelmäßig Mitteilungen zugehen lassen.

Zeigner war zweifellos einer der geeigneten Leute zur Zerlegung der SPD. Die Nachrichtenübermittlung aus vertraulichen Parteiungen gehörte mit zu den Methoden seiner Zerlegungsarbeit. Die Ebert-Clique und Barmatonen im Berliner Parteivorstand haben gegenüber den kapitalistischen Parteien und bürgerlichen Schmod es immer für ihre Pflicht gehalten, politische Nachrichten brüchwarm zu übermitteln. Aber, Bauer, das ist freilich etwas anderes. Die Mitteilungen über Zeigners Zusammenwirken mit der bürgerlichen Presse sind durchaus glaubwürdig. Hat sich doch die linke SPD. immer feige vor scharfen politischen Auseinandersetzungen gedrückt und mit den Mitteln der Intrige ihr Ziel zu erreichen versucht. Die „Leipzigische Volkszeitung“ unternimmt einen schwachen Rechtsfertigungsversuch Zeigners und gelangt resigniert zu dem Schluss: „Wird Zeigner eine so gemeine Handlung nachgewiesen, dann ergeben sich daraus von selbst die Konsequenzen für die Partei.“ Hoffentlich vergeht die linke SPD. bei diesem Reintmachen nicht, den Ausschluß der durch unzählige Beweise auf's höchste kompromittierten Barmatonen, Heilmann, Richter usw. zu erzwingen.

Inzwischen belustigen die Linken in Sachsen ihre bedauernswerte Gefolgschaft noch immer mit der kindlichen Ausschlußkomödie. Nachdem in Dresden und Zwickau die „Disziplinbrecher“ aus der Partei ausgeschlossen worden sind, sollen nunmehr auch die im Bezirk Leipzig gewählten Abgeordneten Müller (Wirtschaftsminister), Sagen, Strube und Berger dran glauben. Es wird berichtet, daß sie demnächst von ihrer Bezirksorganisation ausgeschlossen werden sollen. Selbstverständlich bestätigt der Berliner Parteivorstand diese Ausschüsse nicht.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der jetzige Zustand bis zum nächsten Reichsparteitag der SPD. ungelöst bleibt. Vor allem auch deswegen, weil die Linken infolge ihrer engen politischen Verbundenheit mit den Rechten ganz außerstande sind, mit organisatorischen Mitteln ihren Beschlüssen die notwendige Geltung zu verschaffen. Sie bitten bei dem Parteivorstand um gut Wetter und sind durchaus bereit, ihre Anhänger strupplos der Parteivorstandspolitik auszuliefern. Es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, diesem abgesehenen Spiel mit den Lebensinteressen des Proletariats so schnell wie möglich ein Ende zu bereiten und die Partei der Zerlegung und Korruption zu verlassen. Dieser neue Skandal innerhalb der SPD. ist ein weiterer Beweis dafür, daß ein aufrechter Klassenkämpfer seinen Platz nur innerhalb der kommunistischen Partei finden kann.

### Ein neuer Fassiken- und Fememord aufgedeckt.

In Laubenberg wurde ein Zeittreuwilliger des Frontkämpfers III, daß an dem Rührer Putz beteiligt war, verhaftet, weil er im Dezember 1923 an einem politischen Mord beteiligt gewesen sei. Die Zeittreuwilligen kamen nach dem Rührer Putz nach Mecklenburg, auf sogenannte Arbeitskommandos. Auf Veranlassung eines Feldwebels mußte sich der Zeittreuwillige mit einem angeblichen Spögel befreunden. Eines Nachts im Dezember 1923 schob der Feldwebel den Spögel hinterhand nieder. Die Leiche, der sämtliche Papiere abgenommen wurden, ist dann später im Gehöft des Besitzers Bahnrad vergraben worden.

### Worte von Rosa Luxemburg.

Die Bourgeoisie wird es sich überlegen, ob sie den Hermetismus, die Liebe der Farbenkluft des Obert wird lassen wollen. Wenn es soweit kommt, dann wird es schließlich heißen: Es

### Stiegelerarbeit — Freiheit.

Als einfacher Arbeiter will ich mich auf die Rundfrage antworten:

Wenn ich Justizminister wäre, was täte ich mit den Barmats — mit Max Hölg? Zur Warnung für jeden fünften Millionen-schieber müßte jeder der Gebrüder Barmat zweimal sechs Jahre Stiegelerarbeit verrichten. Hinter jedem dieser Halunken müßte ein Aufseher mit neunschwänziger Kasse stehen. Dann wäde dieser Kreaturen das Millionenverbrechen ebenfalls auch vergehen. — Und Max Hölg müßte der Strafbollstehler von diesen menschlichen Hyänen werden. Außerdem müßte man ihm die größte Ehre erweisen, die man sich nur erdenken kann, nämlich seine Freiheit. Und in ganz Deutschland muß er als echt proletarischer Freiheitskämpfer gefeiert werden. Dies wäde meiner Meinung nach gerade die Justiz.

Oswald Hoffmann, Neubau i. Sch.

### Kopflöcher — Amnestie.

Auf Suer Schreiben in der Zeitung will auch ich mich über den Barmatfandale und über Max Hölg äußern. Was diese Gebrüder Barmat anbetrifft, so wäre das Beste, man stehe einem nach dem anderen den Kopf ab. Genau dasselbe mit den Führern der SPD. Heilmann, Richter, Wels. Diese Subjekte, dieser Ausruf der Menschheit, die ihre eigenen Genossen betrogen und betrügen.

Was Max Hölg anbetrifft, so ist es höchste Zeit, daß man ihn in Freiheit setzt. Denn er ist doch ein Mensch und kein Stück Vieh. Ein Stück Vieh lebt besser als Hölg, der sich für das Proletariat aufgeopfert hat. Heraus mit ihm aus dem Kerker, daß seine Ideen vertritt werden.

Ein parteiloser Arbeiter, Nieder-Salzbrunn.

## Der Korruptionslump der deutschen Justiz.

Die Verteidiger der Mörderorganisation „Conful“ haben jetzt beim Staatsgerichtshof Strafausschlag für sämtliche Verurteilte beantragt. Bekanntlich sind die Mitglieder dieser Mörderorganisation von demselben Staatsgerichtshof, der ohne Bedenken auf die brutalliste Weise einfache Proletarier für ihr ganzes Leben ins Zuchthaus wirft, zu den lächerlich geringsten Geldstrafen verurteilt worden.

Die Strafausschlag der Verteidigung wird damit begründet, daß der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes nicht ordnungsgemäß befehrt war. Die Verurteilten im „Conful-Prozeß“ befinden sich heute alle auf freien Fuß. Von dem süddeutschen Senat sind aber viele Kommunisten abgeurteilt worden, die heute alle im Zuchthaus schmachten. Ganz abgesehen davon, daß der Staatsgerichtshof „zum Schutz der Republik“ auf den Druck des monarchistischen Bayern hin für monarchistische und falschliche Prozesse eine eigene, den Monarchisten genehme Zusammenfassung bekommen muß, werden selbst die gefälligen Bestimmungen für die Zusammenfassung des Staatsgerichtshofes nicht eingehalten.

Der Staatsgerichtshof soll aus sechs Laienrichtern und drei Berufsrichtern (Reichsgerichtsräten) bestehen. In dem großen Freidurger Hochverratsprozeß gegen die babylonischen Genossen war aber nur ein einziger „Laienbeisitzer“ anwesend und zwar der Goldschreiber des Partikularisten, Hochverräter und Königsmacher von Ruhr. Die übrigen fünf „Laienbeisitzer“ alles alte, verrottete und abgedankte Landgerichtsstände.

Die Arbeiterschaft muß ihren Kampf für die Amnestie gleichzeitig gegen die ungeheure Justizkorruption richten. Kampf gegen die politische Zweckjustiz, Kampf gegen den Staatsgerichtshof, Kampf gegen den mittelalterlichen Strafvollzug! Diesen Kampf in Verbindung mit den wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen geführt, bedeutet den Kampf auf der breiten Linie gegen das bankrotte kapitalistische System aufzunehmen!

## Die „reinen Hände“ Severings.

Interessante Beziehungen zwischen Severing, dem Reichsbannerführer, und preussischen Innenminister und dem Jungdeutschen Orden enthalte ein Beleidigungsprozeß, den Severing gegen den Geschäftsführer des Caspeler Jungdo Dr. Rath angestrengt hatte und der am 14. Januar vor dem Landberger Schöffengericht durchgeführt wurde. Die Tatsachen waren folgende. Severing hatte mehrfach auf dem Papier den Jungdo verboten. Den Reaktionären gefiel das nicht. Sie wählten sich aus den Personalakten über Severing eine polizeiliche Photographie aus Severings längst vergangener Zeit, als er 1898 vor der deutschen Regierung nach der Schweiz flüchten mußte, zu verschaffen. Sie benutzten diese Photographie, um sich bei Severing gut Wetter zu verschaffen, traten mit ihm in längeren Briefwechsel und boten ihm die Photographie an. Severing nahm den Briefwechsel auf, schickte freundliche Briefe an die reaktionäre Organisation, lobte ihre Entschluß, die Photographie ihm auszuhändigen. Er fabrizierte in diesen Briefen schöne Phrasen, wie die, daß der politische Kampf mit reinen Herzen und Händen geführt werden müsse. So wurde ihm schließlich die Photographie ausgehändig.

Aber die sozialdemokratischen Führer müssen eine sehr schwierige Doppelrolle spielen. Sie sind nicht nur die Vertrauensmänner des Kapitals, sondern müssen sich gleichzeitig das Vertrauen der Arbeiter zu erschwindeln versuchen. Also sprach Severing einmal in Rottbus und mußte den Arbeitern Theaterdonner vormachen. Er drohte mit einem Verbot des Jungdo, daß er dann auszusprechen vermag. Die Jungdeutschen fühlten sich aber selbst über diese leere Drohung verärgert und so sprach der Geschäftsführer des Jungdo in einer Versammlung in Landsberg von einer „Photographie Severings aus dem Verbrecheralbum“. Nun war Severing wieder der Beleidigte und so kam es zu einer Gerichtsverhandlung.

Das Gericht verstand den Schmerz der Jungdeutschen und sprach den Angeklagten frei. Aber dies interessiert die Arbeiter weniger. Wichtiger ist, daß sie aus diesem Prozeß erkennen, wie sozialdemokratische Führer mit den reaktionären Organisationen, die sie den Arbeitern gegenüber vorgeben zu bekämpfen, schamhäftigen Kuhhandel treiben. Die Arbeiter dürfen über reine Hände und Herzen anderer Meinung sein. Für die

# Die Tagung des Reichsarbeitsausschusses der revolutionären Gewerkschafter.

Die Tagung des Reichsarbeitsausschusses vom 16. Januar 1925 stellte in den Mittelpunkt ihrer Beratungen die Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit. Die Tagung dieses höchsten Organs der gesamten revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland war befeuert von derselben Klarheit und Einmütigkeit, wie der am Sonntag stattgefundene Zentral-Ausschuss der kommunistischen Partei. In dieser Einmütigkeit und Klarheit zeigte sich die Kraft, die die revolutionären Gewerkschafter befähigen wird, ihren ungeheuren Aufgaben gerecht zu werden. Das Arm-in-Armarbeiten mit der einzigen Arbeiterpartei, mit der KPD, bildet die Gewähr, daß diese Kraft nicht in falscher Richtung angewendet wird.

Die oppositionellen Gewerkschaftsfraktionen und die selbständigen Verbände wurden sich bis heute der ganzen Bedeutung der internationalen Seite der Frage der

## Schließung der Gewerkschaftseinheit

noch nicht ganz klar. Der Reichsarbeitsausschuss zeigte die zwei Wurzeln der geschichtlichen Notwendigkeit der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Die eine, die praktische Wurzel, bildet die im Zusammenhang mit der Annahme des Dawesplanes vor sich gehende Verschärfung der politischen und der ökonomischen Offensive der Bourgeoisie.

Die zweite, die politische Wurzel, liegt darin, die Gewerkschaften aus einem Schatten des Kapitals zu seinem unerbitterten Feinde zu verwandeln. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wenden in der Praxis die Theorie an, daß die Gewerkschaften desto härter werden, je härter der Kapitalismus wird und wenn der Kapitalismus sich in Auflösung befindet, sich auch die Gewerkschaften in Auflösung befinden. Daraus leiten sie die Notwendigkeit ihrer reformistischen Politik ab, deren Wesen aber heute darauf beruht, daß sie nicht mehr imstande ist, auch nur die kleinsten, vorübergehenden Reformen im zusammenbrechenden Kapitalismus der Arbeiterklasse zu gewähren. Diese insidische sozialdemokratische Schattenpolitik der Gewerkschaften führt immer unerbittlicher zur

## Preisgabe der gesamten gewerkschaftlichen Interessen der Arbeitermassen.

Der politische Sinn der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung liegt darin, den Arbeitermassen ihre Macht zu zeigen, ihnen dadurch den Glauben in die notwendige Überwindung des Kapitalismus zurückzugeben und sie auf diese Weise von der Schattenpolitik des Reformismus, von der Stützung der kapitalistischen Herrschaft abzubringen.

Aber die Verwandlung der internationalen Gewerkschaften in mächtige Klassenkampforgane auf dem Wege der gewerkschaftlichen Einheit kann nur vor sich gehen unter einer Bedingung: daß zugleich die

## schärfste Trennung der politischen Parteien bewahrt wird.

Daß die revolutionäre, einzige Arbeiterpartei, die kommunistische Partei, in keinerlei Kompromisse mit der einzigen bürgerlichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratischen, sich einläßt.

Daß auf diesem Wege tatsächlich die Bourgeoisie ihrer mächtigen Herrschaftsstütze, der reformistischen Gewerkschaftsbewegung, verlustig gehen kann und muß, darüber sind sich die sozialdemokratischen Parteien aller Länder und ihre Kandidaten bereits ganz klar geworden.

Die neueren Monarchen der neuen Kapitalisten, der SPD-Parteien als Gewerkschaftsführer betreiben nunmehr in folgendem: In der gemeinsamen Sitzung der Amsterdamer Internationale mit der II. sozialdemokratischen Internationale, huldigender Rede vor, an Stelle der internationalen Gewerkschaftseinheit die Lösung der

## Verflechtung der Gewerkschaften mit den sozialdemokratischen Parteien aller Länder.

Der Klassen aufzudecken. Dieser Vorschlag bedeutet die völlige Unterordnung der gesamten Gewerkschaftsbewegung unter die arbeitseigenen Koalitionspolitik der Sozialdemokratie mit dem internationalen Zentral. Und die „Gewerkschaftszeitung“, das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, vom 17. Januar d. J. schlägt vor, die Lösung der internationalen Gewerkschaftseinheit durch die Lösung einer Einheitspartei der Arbeiterschaft zu ersetzen. Der Oberbegriff und der Formalbegriff zeigten, was die Aufgaben dieser Einheitspartei wäre: **Die Abwägung aller Streit, die Preisgabe aller gewerkschaftlichen Interessen, wecks Rettung des kapitalistischen Staates, wecks Stärkung der kapitalistischen Herrschaft.**

Und der sozialdemokratische schwererische Gewerkschaftsrat gab vor einer Woche ein Rundschreiben an alle Sektionen der Amsterdamer Internationale heraus, worin erklärt wird, daß man lieber überhastet auf einen internationalen gewerkschaftlichen Zusammenstoß verzichteten sollte, als den internationalen Gewerkschaftskongress und die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit zu verlassen. So ist die Sozialdemokratie aller Länder eher bereit, selbst die Amsterdamer Internationale aufzulösen, als eine einheitliche Gewerkschafts-Internationale zum Klassenkampf zu lassen.

So muß allen revolutionären Gewerkschaftern klar sein, daß der Wille nach der internationalen Gewerkschaftseinheit der revolutionäre Wille der Arbeiterklasse ist. Und so muß uns auch klar sein, daß die Sozialdemokratie von der Einheitsbewegung fernbleiben wird. Im Kampfe um die Einheit werden die Arbeitermassen die kommunistischen Parteien als ihre einzigen Führer zum Kampfe um ihre Interessen erkennen müssen.

Der Reichsarbeitsausschuss befaßte sich ferner mit der im Zusammenhang mit der Regierungsbildung in Deutschland geschehenen Lage. Die monarchistische Regierung zeigt zwar, daß die Bourgeoisie ohne die SPD regieren kann, zeigt aber zugleich, daß sie ohne die SPD nicht herrschen kann. Die monarchistische Regierung soll der SPD die Möglichkeit geben, in eine Scheinopposition zu treten, und auf diese Weise ihr Ansehen bei den Arbeitermassen härten, sie als die unerbittliche Stütze der herrschaftlichen Herrschaft reiten. Unsere Aufgabe ist es, diese Scheinopposition zu demaskieren, wo die SPD soziale Forderungen stellt, diese aufgreifen, als wären sie unsere und sie zum Kampfe zu führen, bis die SPD sich gezwungen sieht, sie zu verraten und die Arbeitermassen als den einzigen Führer im Kampfe weiterzuführen.

Der Reichsarbeitsausschuss befaßte sich schließlich noch des ferneren mit den wichtigsten Angelegenheiten der angeschlossenen revolutionären Verbände. Er legte fest das einheitliche Vorgehen bei den kommenden Betriebsratensitzungen zwischen diesen Verbänden und der revolutionären Gewerkschaftsopposition. In einem besonderen Bericht werden wir auch diese Frage behandeln.

## Mengen, die nicht retten.

Der Generalsekretär der Transportarbeiter-Internationale, Edo Jimmen, schrieb am 8. Oktober 1924 aus Breslau an den Sekretär der belgischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei van Krosbroek:

„Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Arbeiter über alles, was Rußland betrifft, in einer unwürdigen Weise belogen und betrogen werden.“

Jährend geht darin voran der Gewerkschaftsteil des sozialdemokratischen „Vorwärts“. Am 16. Januar 1925 befaßt er sich mit den Löhnen in Rußland. Er beginnt mit einer Frage, die ein Brat sein soll: Er gibt wieder die in der Internationalen Professorenschreibung veröffentlichten Angaben Bogadows, des Sekretärs des russischen Gewerkschaftsrates. Diese Angaben sind enthalten in der Nr. 153 (nicht 4) vom Jahre 1924 und belagen, daß im Sommer 1924 der Arbeitslohn im Durchschnitt in ganz Rußland nach einer noch nicht ganz genauen Berechnung 2,5 Prozent des Vorkriegslohnes erreichte, und somit während der letzten zwei Jahre, d. h. seit dem 5. Gewerkschaftskongress um 63 Prozent gestiegen ist.

Der „Vorwärts“ läßt diese Angaben folgendermaßen um: „Der Arbeitslohn ist seit dem letzten Kongress in der ganzen Union um durchschnittlich 63 Prozent des Vorkriegslohnes gestiegen.“

Diese Fälschung richtet eigentlich bereits den ganzen „Vorwärts“-Artikel. Zugleich verschweigt der „Vorwärts“, daß nach denselben Angaben Bogadows in Moskau der Durchschnittslohn bereits 129 Prozent des Vorkriegslohnes erreicht hat, in Leningrad 90 Prozent. Der „Vorwärts“ verschweigt zugleich, daß der Durchschnittslohn der Metallarbeiter deshalb weniger gestiegen ist im Vergleich zum Vorkriegslohn wie der Durchschnittslohn der Textil- und Chemiarbeiter, weil die Metallarbeiter vor dem Kriege 140 Prozent, die Textilarbeiter aber nur 68 Prozent des allgemeinen Durchschnittslohnes erhielten, während die Arbeiterpolitik der russischen Gewerkschaften durch Angleichung der Löhne je nach der Arbeitshärte der gesamten Arbeiterschaft die allmähliche Hebung ihres Lebensstandards erzwingen will.

Aber entscheidend ist etwas anderes. Der „Vorwärts“ verschweigt die ungeheuren Vorteile, die die russische Sozialpolitik der russischen Arbeiterklasse gewährt. Er verschweigt den vierzehntägigen Urlaub alljährlich, er verschweigt das vollkommenste Krankenwesen, er verschweigt die Fürsorge um die Kranken, Alten, Schwangeren und Gebärenden, er verschweigt die ungeheuer billigen Kommunaldienste und Wohnungsmieten für die Arbeiterschaft, er verschweigt das ausgebaute genossenschaftliche Kreditwesen und die verbilligende Preispolitik der Gewerkschaften, und schließlich verschweigt er neben vielem anderen — vor allem die Tatsache des schematischen Sechstentages für die Schwer- und Untergewerkschafter, des schematischen Achtentages für die gesamte übrige Arbeiterschaft.

Der „Vorwärts“ möge sich hüten, durch Lügen über Rußland die Hölle des von der SPD gefälschten Dawesparadieses den deutschen Arbeitermassen unerschütterlich machen zu wollen. Die Begeisterung der englischen Gewerkschaftsdelegation bietet wohl genügend Beweis, was die Behauptung von der „politischen und geistigen Knechtung der Arbeitermassen und die Zerstörung des Militarismus“ wert ist.

## Kommunisten, an die Front!

Im Lager der reformistischen Genossenschaftsbürokratie wird bereits fieberhaft an den Vorbereitungen der diesjährigen Delegiertenwahlen der Konsumgenossenschaften Berlin und Umgebung gearbeitet. In einem gedruckten Merkblatt wird den Funktionären der Fraktion „Genossenschaftsaufbau“ genaue Anweisungen gegeben, wie sie Dumme einzuliegen können. Als Ziel des Wahlkampfes wird eine sichere Dreiermehrheit in der Generalversammlung der KG gefordert, um im kommenden Jahr die Genossenschaft vollständig der Bourgeoisie anzuschließen.

Als ihre genossenschaftliche Betätigung proklamiert die Fraktion „Genossenschaftsaufbau“ die Grundzüge der Bahnbrecher der Konsumgenossenschaftsbewegung, „der redlichen Bioniere von Reddale“, unter deren Beachtung die Konsumgenossenschaften zu ihrer gegenwärtigen Höhe gediehen sind. Die Fraktion d. A. stellt sich an den Boden der Demokratie und der sozialpolitischen Neutralität; die Löhne der Genossenschaften sollen allen Konsumanten offenstehen, und jedes Mitglied soll die gleichen Rechte genießen und die gleichen Pflichten zu erfüllen haben.

Jedes Wort des hier Angeführten ist elende Heuchelei. Die redlichen Bioniere von Reddale werden hier genau so mißbraucht, wie der Sozialismus durch die politische Schiebergesellschaft zu einer jämmerlichen Karikatur herabgewürdigt worden ist. Jeder Genossenschaftler weiß, daß von den Idealen der Reddaler Segensender des Genossenschaftsgedankens weiter nichts mehr als der Name übriggeblieben ist. Die Genossenschaftsbürokratie hat es dank der Ineffizienz der revolutionären Arbeiterschaft umgekehrt, die Macht der Genossenschaften im Kampfe der Arbeiterschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu brechen. Heute sind die Genossenschaften keine Kampforgane, sondern Handelsgeschäfte wie jedes andere kapitalistische Unternehmen. Unter der Leitung jener Spießbürger, Knechte und heuchlerischen Schiebermann gibt es kein Eingreifen der Genossenschaften in die Tageskämpfe der Arbeiterschaft. Kleinerer Kramergewinn und trager Egoismus ist heute das A und O der gegenwärtigen Genossenschaftspolitik der gesamten reformistischen Bürokratie. Abbau und Entschlingung des beherrschenden Personals nach ausgefeiltem Unternehmerrhythos, Profit hat Gemeinwirtschaft, Kampf der Infanzen gegen jeden Versuch der Kommunisten, die Genossenschaften zu wirklichen Hilfsorganen der Arbeiterschaft zu machen, das sind die Grundzüge der heutigen reformistischen Genossenschaftspolitik.

Die Genossenschaftsbürokratie mit ihren Trabanten hat daher alle Kräfte, solche Abteilungs- und Vertikungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Wahrheit muß den Mitgliedern ja vorantastet bleiben, die dürfen nicht erfahren, was in der Genossenschaft vorgeht. Hierüber Klarheit zu schaffen, wird Aufgabe eines weiteren Artikels sein.

Ingeachtet der jetzt bestehenden Verhältnisse innerhalb der Genossenschaften ist es Pflicht aller KPD-Mitglieder, die gefährliche Partisanen, welche leider bis dato gegenüber der Genossenschaftsfraktion eingenommen wurde, nun endlich abzurufen. Die nächsten Wochen und Monate muß die Gesamtarbeit auf die Wahlkampagne in den Genossenschaften einzurichten werden. In Betriebs- und Parteiveranstaltungen muß die Genossenschaftsfrage mit auf die Tagesordnung gesetzt werden. Alle Mitglieder müssen mobilisiert werden. Jeder Kommunist muß Mitglied der Genossenschaft und somit ein aktiver Kämpfer für die Umgestaltung der reformistischen Genossenschaften zu Hilfsorganen der revolutionären Kampfes werden. In einer Genossenschaftskonferenz am Donnerstag, den 22. Januar, werden alle Genossenschaftsfunktionäre der Partei zur Wahlkampagne Stellung nehmen.

Es gilt, die Front der Reformisten zu kappen! eshalb, Kommunisten, an die Front!

## Vollziehung des WGB-Vorstandes Breslau.

12 000 Mk. Arbeitergelder für ein Sommerfest. — Gegen die Gothaer Forderungen.

Die am 16. Januar tagende Sitzung des Breslauer Ortskartells des WGB, konnte auf das 25-jährige Bestehen des Breslauer Arbeitersekretariats zurückblicken. Ueber die Tätigkeit desselben gab Parteisekretär Pfeilert einen ausführlichen Bericht. Er wies unter anderem auch auf die Schikanen, welche kurz nach der Revolution von den bürgerlichen Richtern gegen die vom Arbeitersekretariat gestellten Rechtsbeistände geschürt worden sind. Wir können dazu nur sagen, daß dieser Zustand nur der schlappen Haltung der führenden Größen der SPD, selbst zuzuschreiben ist. Der zweite Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Ausgestaltung des in Breslau stattfindenden Gewerkschaftskongresses. Der Vorsitzende des Kartells, Kollege Kuffert, sprach dabei auch ein von der Vorstandssitzung vorgeschlagenes Festprogramm auf. Dasselbe ist bezeichnend für die Einstellung seiner Schöpfer. Während die Arbeiter und einfachen Gewerkschaftsmitglieder nicht wissen wovon sie leben sollen, will man den Kongreßteilnehmern im Sommer dieses Jahres in Breslau ein wahres Freudenfest veranstalten. Man will unter anderem das Gewerkschaftshaus prunkvoll ausschmücken, ferner soll eine Theateraufführung für die Kongreßteilnehmer stattfinden, außerdem verschiedene Dampferfahrten. Der Kongreß soll so einen rein bürgerlichen Charakter tragen. Der Vertreter des Afa-Bundes, Genosse Schildner, empfahl zur würdigen Ausgestaltung des Kongresses Darbietungen der Arbeitersportvereine, die durchaus wichtiger seien wie der bürgerliche Ritzsch. Es wäre außerdem nützlich, am 1. August irgend eine Oper anzusehen, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, Arbeiterkunst zu zeigen. Bei der Debatte über die Finanzierung des Kongresses überrumpelte ein Vorstandsmitglied die Delegierten mit einem Antrag, der dem Kartell einen laufenden Zuschuß einbringen soll. Ein Antrag, der verlangt, daß den männlichen Gewerkschaftsmitgliedern pro Woche 5 Pfg. zur Finanzierung des Kongresses abgezogen werden soll, wurde mit 42 gegen 31 Stimmen angenommen. Dieser Beschluß ist eine große Provokation der Gewerkschaftsmitglieder, die sich jede Woche 5 Pfg. extra aus der Tasche ziehen lassen sollen, damit das Gewerkschaftshaus geschmückt und die Delegierten schöne Dampferfahrten machen können. Man hofft auf diese Weise 12 000 Mk. aufzubringen. Wahrscheinlich wird an dieser Sache Herr Ratzsch wieder ein gutes Geschäft machen. Auch der Kollege Sporn von den Buchdruckern wandte sich mit Entschiedenheit gegen diesen Antrag, weil er nach den Statuten nicht zu rechtfertigen ist. Doch auch seine Opposition wurde durch die Demagogie des Kollegen Kuffert unterdrückt. Kollege, Genosse Schild, stellte den Antrag, für die nächste Kartellsitzung als ersten Punkt der Tagesordnung die Forderungen des Gothaer Kartells zu behandeln, wozu er einen Referenten stellen wollte. Doch der Oberreformist, Kollege Kuffert und seine Vasallen, waren gegen die Aussprache über die Gothaer Forderungen, weil sie diese Forderungen nicht mit ihrer schwarz-gelben Gefinnung in Einklang bringen können. Viele Herren wollen sich wahrscheinlich nicht bei ihren bürgerlichen Freunden in Mißkredit bringen. Die erfolgte Abstimmung wäre sicher besser ausgefallen, wenn die Delegierten den Inhalt der Gothaer Forderungen gekannt hätten. Einem anderen Antrag zur Herabsetzung der Reformisten sympathischer gegenüber. Nach Schluß der Tagesordnung wurde das 25-jährige Bestehen des Arbeitersekretariats gefeiert. Der Arbeiter-Mandolinenverein tat zur Feier sein Bestes. Kuffert hielt eine Ansprache über die Entwicklung des Arbeitersekretariats. Er konnte es sich dabei jedoch nicht verheißeln einen Mißton durch Provozieren in die Sitzung zu bringen. Der 62-jährige Kollege Maslusz trug Gedächtnis vor, über die Sozialdemokratie, die schon längst den Klassenkampf zum alten Eisen gelegt haben, einmal nachdenken sollten. Der Genosse Schild gedachte bei dieser Gelegenheit unserer großen Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, und forderte die Versammlung auf, sich von ihren Plätzen zu erheben. Dabei wird sich mancher wie ein Heuchler vorgekommen sein. Nach einigen Vorträgen wurde dann die Sitzung geschlossen.

## Die Schwerindustrie deckt die Karten auf!

Das wirtschaftspolitische Programm der Arbeitgeber des Luthertabineits.

Die reale Macht, die hinter der Luthertregierung steht (der Regierung der Luthertregierung im Reichsmittelstand) ist die Schwerindustrie, die die Politik der drei Regierungsparteien beherrscht. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist der Arbeitgeber des Luthertischen Ministerkabinetts. Er hielt in Köln eine Konferenz seiner Geschäftsführer ab, die nicht öffentlich tagte und über deren Verlauf und Ergebnis noch keine Berichte vorliegen.

In der „Kölnischen Volkszeitung“, dem führenden Zentrumsblatt des Westens, entwickelte aber der Geschäftsführer Dr. Herle des Reichsverbandes der deutschen Industrie die Richtlinien, die diese Konferenz formulieren soll.

Und was er da entwickelt, ist natürlich nichts anderes, als das wirtschaftspolitische Programm, welches die Luthertregierung durchzuführen hat — mit Ausnahme der Brocken, die die Schwerindustrie den ihr verbündeten Junkern und dem Klerus als Gegenleistung für das Bündnis zukommen lassen wird.

Die gegenwärtigen Interessen innerhalb der Industrie — besonders zwischen der Schwer- und verarbeitenden Industrie — werden auf dieser Konferenz auch behandelt werden, aber sie spielen hier und in dieser Beziehung keine Rolle.

Herle betont, daß, was sein Programm zur Steigerung der Produktivität aus den Knochen der Profeten angeht, die Zusammenarbeit der Industriellen wichtigste Voraussetzung einer geordneten Entwicklung ist und daß ihr diese Tagung besondere Dienca soll.

Mit vollständiger Offenheit erklärt Dr. Herle als die wirtschaftspolitischen Aufgaben: Herabsetzung der Löhne, Abbau der Abschlagszahlungen, beschleunigte Ausschüttung oder Deponierung der Gewerkschaften, Abbau oder Abschaffung aller Sozialfürsorge, Befreiung der Besitzenden von den Steuerlasten.

Wir führen die entscheidenden Stellen nach dem christlichen Organ vor:

Die formale Erhellung neuer Arbeitsgebiete und das Abschneiden von Arbeitsunfähigkeitsleistungen kann erst dann in positiver Wirkung treten, wenn die Preisstellung nicht höher als die des ausländischen Wettbewerbs bei der gleichen Güte ist. Die Frage wegen der Produktionskosten ist mit der Exportfrage untrennbar verknüpft. Mit dem zielbewussten Ringen um handelspolitische Vorteile und Begünstigungen, muß das energische Streben nach Herabsetzung der Produktionskosten Hand in Hand gehen. Die Vorforderung muß im Interesse der Produktionssteigerung aus der Herabsetzung der Produktionskosten resultieren. Die die Kraft einer verarmten Volkswirtschaft